

Theilheimer Echo

SPD-Ortsvereins

Der rote Faden

April 1992

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

durch die vielfältigen Veröffentlichungen der letzten Zeit, die wenig mit sachgerechter Information, aber viel mit Emotionen zu tun haben, sind wir gezwungen, einiges richtig zu stellen. Insbesondere geht es uns um eine umfassende Darstellung der beiden Themenbereiche **Mehrzweckhalle** und **Müll**.

Thema: Mehrzweckhalle

Mit diesem Flugblatt unternehmen wir den Versuch, Ihnen ausführlich klarzulegen, warum es zur jetzigen Hallenkonzeption keine Alternative gibt. Wir verzichten bewußt auf griffige und polemische Parolen. Es geht uns darum, die Hintergründe zu beleuchten.

Für den neu gewählten Gemeinderat galt es, das Wahlversprechen Mehrzweckhalle nun **endlich** einzulösen. Im Vordergrund der Planung sollte nach Meinung aller eine an Teilheimer Verhältnissen orientierte Halle stehen, die **alle Bürger** nutzen können. Das heißt, sie muß den Bedarf decken, sie muß auch künftigen Bedürfnissen Rechnung tragen, wobei die Zweckmäßigkeit nicht außer acht gelassen werden darf und zudem muß sie für uns finanzierbar sein.

Aufgrund dieser prinzipiellen Forderungen wurden mehrere Gespräche mit Fachleuten (u.a. mit dem Bau- und dem Sportreferenten der Regierung) geführt und etliche Hallen besichtigt.

Aus all diesen Aktivitäten kristallisierte sich die jetzige Hallenkonzeption heraus.

Wir alle waren überrascht, daß sich unsere Forderungen nahezu ohne Kompromisse verwirklichen ließen, was auch die CSU bewog, diesem Entwurf zuzustimmen.

Die Argumente dafür sind bestechend:

- durch DIN - gerechte Maße keine Einschränkungen im sportlichen Bereich
- echte Teilbarkeit im Verhältnis 1 : 2
- ein Drittel der Halle dient dem Schulsport (höhere Be-
zuschussung); **damit ist die Schulturnhalle in der
Mehrzweckhalle integriert** und die Größe der Halle
gerechtfertigt.
- zeitgleich können am Vormittag die restlichen 2 / 3 für
andere Zwecke genutzt werden.
- am Abend können sogar Parallelveranstaltungen statt-
finden oder bei mehrtägigen Veranstaltungen zumindest
ein Teil weiter genutzt werden.
- die Halle gehört zu sog. Typ " S ", der vorwiegend
sportlichen Zwecken dient, aber auch für kulturelle Ver-
anstaltungen aller Art genutzt werden kann. Das ent-
spricht genau dem Bedarf in Theilheim.
- neben einem gut gelungenen Foyer sind in der Halle ein
Jugendraum, ein Vereinsraum, ein Konditionsraum
(Gymnastikraum) und eine Tribüne untergebracht.

Warum kostet nun die 44 x 22 Meter Halle weniger als die von der CSU geplante Halle mit dem Sondermaß 30 x 18m ?

1. Jeder Häuslebauer weiß, daß man durch geschicktes Planen und Verwendung preisgünstiger Materialien erhebliche Summen einsparen kann.
2. Auf eine Unterkellerung und damit auf eine Kegelbahn wurde verzichtet, nachdem die Halle nicht bewirtschaftet ist und uns deshalb jeder Fachmann davon abgeraten hatte.
3. Eine feststehende Bühne haben die Fachleute für unsere Verhältnisse als absoluten Luxus bezeichnet. Deshalb bevorzugen wir eine bewegliche Bühne, die nur den Bruchteil einer festen Bühne kostet.

Warum wird nun so massiv an diesem nach wie vor optimalen Konzept gerüttelt?

Unserer Meinung nach hat das weniger mit der Sache zu tun, vielmehr stehen hier persönliche Egoismen im Vordergrund.

1. Bürgerinitiative zur Verhinderung der Mehrzweckhalle

Da gründet sich eine Bürgerinitiative, die der Bevölkerung weismacht, es ginge ihr nur um die jetzt geplante Halle, die zu groß und zu teuer sei. Die detaillierte Kostenrechnung des Architekten wird einfach nicht anerkannt. Man macht sich Sorgen um die Finanzen der Gemeinde und verweist auf die anderen Großprojekte. Dadurch wird in dem Bürger der Eindruck erweckt, als ob er über die Ergänzungsbeiträge die Halle finanzieren müßte, manch einer glaubt sogar, er müßte die "Pro - Kopf - Verschuldung" bezahlen.

Tatsache ist,

- daß auch der Haushalt 1992 von der Rechtsaufsichtsbehörde (Landratsamt) nicht beanstandet wurde. Im Klartext heißt das, die Finanzplanung der Gemeinde ist in Ordnung.
- daß nach geltendem Recht die Ergänzungsbeiträge (verursacht durch die Verbesserung des Wasser- und Kanalnetzes) auf jeden Fall vom Bürger bezahlt werden müssen und nicht aus dem Gemeindevermögen finanziert werden dürfen. Ob die Halle gebaut wird oder nicht, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle.
- daß die Pro - Kopf - Verschuldung ein rein statistischer Wert ist, der garantiert von niemandem bezahlt werden muß.

Die Motive der Gründer dieser Bürgerinitiative liegen auf der Hand.

Es sind Anlieger, die mit allen Mitteln eine Halle vor ihrer Haustüre verhindern wollen. Dabei wird billigend eine Verhetzung der Bevölkerung in Kauf genommen. Wir bedauern das zutiefst.

Eine Sonderrolle spielen neben Paul Ernst und Bernhard Bender die beiden anderen Initiatoren Edmund Füller und Josef Breunig. Weil diese ihr Grundstück (nahezu wertloses Ödland am Jakobsbach) nicht verkaufen, muß wegen der Baumfallgrenze ein Betonriegel die Dachkonstruktion der Halle stützen; zusätzlicher Kostenaufwand ca. 100 000,- DM. Liebe Theilheimer, wir hoffen, Sie können sich nun ein vollständiges Bild von dieser Bürgerinitiative machen.

2. Weitere Störversuche

Hierbei spielt das CSU - Vorstandschftsmitglied Alfred Röhms eine besondere Rolle.

- Er beklagt in einem Artikel der Mainpost vom 09.10.1991 "Theilheimer Kulturdilemma" eine fehlende, wie auch immer geartete Mehrzweckhalle, kanzelt aber die in der Planung befindliche Halle als reine Sporthalle ab, weil sie angeblich alle kulturschaffenden Vereine ausklammert.
Diese Aussage, in der Öffentlichkeit gemacht, ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die sich für die Vereinsbelange in der Halle eingesetzt haben.
- Als Elternbeiratsvorsitzender startete er den zweiten Versuch und fordert eine Schulturnhalle auf dem Schulgelände, wohl wissend, daß diese dort nie realisiert werden kann; außerdem dürften weder Vereine noch andere Gruppierungen die Schulturnhalle nutzen. Auch der Gemeinderat hat dieses Anliegen in der Vergangenheit schon mehrmals abgelehnt.

Ist das etwa ein konstruktiver Beitrag zur Lösung des Hallenproblems?

- Bleibt noch anzumerken, daß auch von dieser Seite eine Unterschriftenaktion geplant war, die jedoch im Vorfeld scheiterte.
- Vorläufig letzter Versuch!
Herr Röhms macht sich selbst zum Sprecher der Vereine und versucht in dieser Eigenschaft die Vereinsvorstände für ein "Haus der Vereine" (ehemaliges Marienheim) zu gewinnen.
Natürlich soll die Gemeinde die Kosten für die Generalsanierung übernehmen (geschätzt ca. 1.Mio DM);
Ziel: Verhinderung des Mehrzweckhallenbaus.

Und das, obwohl der Tausch Marienheim / altes Rathaus rechtlich noch nicht vollzogen ist (Rücktrittsrecht der Kirchenstiftung, Denkmalschutzfrage nicht geklärt), noch keine Gespräche mit den Nachbarn geführt wurden, von der Stellplatzfrage ganz zu schweigen. Außerdem würden z.B. nach dem Auszug der dritten Kindergartengruppe und der Bücherei im Schulhaus wesentlich besser geeignete Räume für Vereine zur Verfügung stehen (nahezu keine Umbaumaßnahmen). Dieser Vorschlag des Bürgermeisters wird von der CSU einfach unter den Tisch gekehrt (er paßt nicht in das Konzept Hallenverhinderung) und wird mit Zweckentfremdung der Schule begründet.

Liebe Theilheimer Bürgerinnen und Bürger,

durch die Umstände und die laufenden Aktionen wurden wir gezwungen, einmal ausführlich zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Wir sind überzeugt, daß viele Bürger falsch informiert waren, Mißverständnissen und Gerüchten erlegen sind und vielleicht deshalb unterschrieben haben.

Lassen Sie sich von dieser Schandliste streichen!!!

Wir wissen, daß dieser Schritt schwerer ist als der erste, tun Sie es trotzdem!
Sie ersparen sich später Vorwürfe, nicht nur von unserer jungen Generation.

Jeder Bürger muß wissen, daß ein Stopp in der jetzigen Situation das endgültige Aus für die Theilheimer Mehrzweckhalle bedeutet.

Wollen Sie das riskieren??

- Nachdem mehrere hunderttausend Mark an Planungskosten zu schlucken waren.
- Nachdem für diese Halle das Schallschutzgutachten und das Gutachten vom Wasserwirtschaftsamt erstellt ist.
- Nachdem **noch** Zuschüsse vom Staat fließen (ca. 1,4 Mio DM).
- Nachdem bereits das behördliche Genehmigungsverfahren läuft.

Wir hoffen, daß vielen Theilheimern nun die Augen aufgehen, daß sie nachdenklich werden und erkennen, wer hier " Betrug am Volk " übt.

Informieren Sie uns, wenn Sie sich von der Liste streichen lassen, damit wir das genau nachprüfen können, wenn dem Gemeinderat die Listen vorgelegt werden.

Mit einem Wort von Goethe schließen wir unseren eindringlichen Appell: " Einer neuen Wahrheit ist nichts schädlicher als ein alter Irrtum "; 18 Jahre Irrtum sind genug!!!

Thema: Müll

Im letzten Flugblatt der CSU wurden wir, insbesondere der Bürgermeister, vom Vorsitzenden der CSU, Frank Moser, wegen der Müllgebühren massiv angegriffen. Dazu möchten wir Stellung nehmen.

Das Sprichwort: " Einem jeden Recht getan ist eine Kunst, die niemand kann ", gilt hier ganz besonders. Eine gerechte Lösung gibt es zur Zeit nicht. das kann erst geschehen, wenn man die Tonne wiegen kann.

Wir sehen unsere Aufgaben darin, eine sozial ausgewogene Lösung zu finden, die besonders den Aspekt " Müllvermeidung " berücksichtigt. Eine reine Personengebühr würde kinderreiche Familien extrem benachteiligen; eine reine Gefäßgebühr würde kleine Haushalte extrem benachteiligen.

Aus diesem Grund wurden alle interessierten Teilnehmer zu einer Arbeitssitzung auf die Frankenwarte eingeladen, um die beste Lösung für unser Dorf zu finden.

Eindeutig wurde bei dieser Veranstaltung nach ausführlicher Diskussion verschiedener Varianten der Mischkalkulation (Gefäß- und Personengebühr) der Vorzug gegeben. Die CSU - Gemeinderäte waren leider nicht anwesend.

Am 21.10.91 wurde der erarbeitete Entwurf im Sportheim vorgestellt. Dieser Termin wurde von 16 Teilnehmer Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen; darunter nur ein CSU - Gemeinderat.

Auch bei dieser Veranstaltung wurde eine Personengebühr, vermischt mit einer Gefäßgebühr, als die gerechteste Kalkulation angesehen.

Am folgenden Rechenbeispiel möchten wir Ihnen einmal zeigen, wie die CSU und ihre Helfershelfer versuchen, den Bürger mit Zahlen zu manipulieren (nicht nur bei der Müllgebühr).

Zum Vergleich auch ein Beispiel aus der Nachbargemeinde Eibelstadt (reine Gefäßgebühr).

	1 - P.- Haushalt 90 l - Tonne	2 - P.- Haushalt 90 l - Tonne	1 - P.- Haushalt 120 l - Tonne
Variante 1 <i>Gefäß-u. Personengebühr</i> SPD	132,-	174,-	162,-
Variante 2 <i>Gefäßgebühr</i> CSU	184,-	184,-	255,-
Variante 3 <i>Gefäß-, Grundstück- und Personengebühr</i>	169,-	198,-	199,-
<i>Im Vergleich</i> Eibelstadt	274,-	274,-	343,-

	2 - P.- Haushalt 120 l - Tonne	3 - P.- Haushalt 120 l - Tonne	4 - P.- Haushalt 120 l - Tonne
Variante 1 <i>Gefäß-u. Personengebühr</i> SPD	204,-	246,-	288,-
Variante 2 <i>Gefäßgebühr</i> CSU	255,-	255,-	255,-
Variante 3 <i>Gefäß-, Grundstück- und Personengebühr</i>	228,-	257,-	286,-
<i>Im Vergleich</i> Eibelstadt	343,-	343,-	343,-

	5 - P.- Haushalt 240 l - Tonne	6 - P.- Haushalt 240 l - Tonne
Variante 1 Gefäß-u. Personengebühr SPD	450,-	492,-
Variante 2 Gefäßgebühr CSU	528,-	528,-
Variante 3 Gefäß-, Grundstück- und Personengebühr	435,-	464,-
<i>Im Vergleich</i> Eibelstadt	620,-	620,-

Urteilen Sie selbst!!!

Hätten Sie das gedacht, von einer Partei, die sich nicht nur sozial, sondern auch christlich nennt? Wir sind der Meinung daß wir auch darauf achten müssen, daß unsere älteren Mitbürger (oft Ein- bzw. Zwei - Personen - Haushalte) nicht über Gebühr belastet werden.

Die Müllsatzung wurde am 28.10.1991 beschlossen; nach über 4 Monaten scheint auch der CSU Ortsvorsitzende davon erfahren zu haben und kritisiert einen Gemeinderatsbeschluß, der mit 8:4 Stimmen angenommen wurde und mittlerweile geltendes Recht ist.

Konstruktiver wäre es gewesen, wenn die CSU im Vorfeld eigene Vorschläge eingereicht hätte; vielleicht wäre man für den Bürger zu einem besseren Ergebnis gekommen. Doch dazu scheint sie nicht in der Lage zu sein, es sei denn, sie will bewußt Unfrieden in der Bevölkerung säen.

Die Müllsatzung wurde ausführlich und öffentlich erarbeitet. Sie läßt Müllgemeinschaften zu, sie überfordert Einzelpersonenhaushalte nicht (alte und soziale schwache Leute) und läßt auch genügend Spielraum für Familien.

Bei annähernd gleicher Anzahl der Tonnengrößen und 14 -tägiger Leerung müßte durch Mithilfe der Pürger der Müll gewichtsmäßig reduziert werden können.

Selbstverständlich sind wir bereit, wieder über die Müllgebühren zu reden, wenn neuere Erkenntnisse vorliegen.

Tip vom Bürgermeister:

Versuchen Sie, möglichst viel vorzusortieren und in den Wertstoffbehältern zu entsorgen. Sie verringern das Gewicht in den Mülltonnen und damit unsere Müllgebühren.

Herausgeber:

Die Fraktion SPD und Parteifreie Bürger

Wolfgang Bauer, Erhard Endres, Erich Engert,
Herbert Forster, Hans - Peter Gläbel,
Dr. Bernd Schmitt, Alwin Wegmann.

Thema: 30 - km - Zonen

— Ein Beitrag der SPD zur Sicherheit unserer Bürger.—

Bereits im Juni 1987 forderte die SPD-Gemeinderatsfraktion eine Geschwindigkeitsbeschränkung für den gesamten Ort.

Nachdem im damaligen Gemeinderat 7 CSU - ler, 4 UWG - ler und 3 Gemeinderäte von der SPD waren wurde dieser Antrag mit 9 : 3 Stimmen abgelehnt.

Am 24.11.1987 wurde dieser Antrag von der SPD erneut mit der Begründung gestellt, daß die Gefahr nicht nur im Schul- und Kindergartenbereich besteht, sondern zum Schutz unserer Bürger, insbesondere der Kinder u. älteren Personen eine Geschwindigkeitsreduzierung im gesamten Ortsbereich vornöten ist. Auch dieser Antrag lehnte man mit 9 : 3 Stimmen ab, obwohl darauf hingewiesen wurde, daß 30 - km - Zonen bereits in 20 Landkreisgemeinden mit Erfolg eingeführt sind.

Weil uns die Sicherheit unserer Kinder und Bürger im Straßenverkehr sehr am Herzen liegt, starteten wir im November 1990 einen neuen Versuch.

Mittlerweile hat sich die Zusammensetzung des Gemeinderats verändert. Der Antrag wurde diesmal angenommen, wiederum gegen die Stimmen der CSU - Gemeinderäte.

Traurig ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Lokalpresse offensichtlich Theilheim lieber mit negativen als mit positiven Schlagzeilen in die Zeitung bringt. Zum Beispiel war die Einführung der 30 - km - Zone der örtlichen Presse keine Zeile wert.

Wir werden künftig auch verstärkt auf eine ausgewogene Berichterstattung in der Zeitung achten.